

Stellungnahme

des Verbandes Deutscher Bürgschaftsbanken (VDB) zur Nachhaltigen Finanzierung

14. Juli 2020

**Directorate-General for Financial Stability,
Financial Services & Capital Markets Union**
European Commission
1049 Bruxelles/Brussel
Belgium

Per E-Mail: fisma-sf-consultation@ec.europa.eu

**Association of German Guarantee Banks
(Verband Deutscher Bürgschaftsbanken)**

Rue Jacques de Lalaing 4
B-1040 Brüssel

Schützenstraße 6a
D - 10117 Berlin
Germany

Email: Roessler@vdb-info.de

EU Transparency Register No. 85252491441-36

I. Vorbemerkungen

Die Bürgschaftsbanken übernehmen Bürgschaften zur Finanzierung erfolversprechender Vorhaben kleiner und mittelständischer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe. Die von den Bürgschaftsbanken gewährten Bürgschaften stellen vollwertige Sicherheiten für alle Hausbanken dar und reduzieren die Eigenkapitalunterlegung zugunsten der Kreditinstitute. Die Tätigkeit der Bürgschaftsbanken wird nur ermöglicht durch die teilweise staatliche Rückverbürgung der ausgegebenen Bürgschaften. Im Vordergrund stehen die Förderung und der Erhalt des deutschen Mittelstandes. Die Tätigkeit der Bürgschaftsbanken erfolgt nicht gewinnorientiert, zudem sind Ausschüttungen ausgeschlossen. Die deutschen Bürgschaftsbanken sind gem. § 5 Abs. 1 Nr. 17 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Die deutschen Bürgschaftsbanken sind keine Kreditinstitute i.S. der CRR, sondern lediglich nach KWG. Trotzdem haben Sie aufgrund der nationalen Gesetzgebung die CRR – mit Ausnahmen - zu beachten.

Zusammenfassung der zentralen Forderungen der Stellungnahme des Verbandes Deutscher Bürgschaftsbanken:

- Verhältnismäßigkeit im Anwendungsbereich und der Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Konzentration der Taxonomie auf Mobilisierung von zusätzlichem Kapital zur Finanzierung von Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen der EU und Klarheit, was als nachhaltige Investition betrachtet werden kann. Bestimmungen wie eine "braune Liste" zielen darauf ab, Investitionen zu bestrafen, die die definierten Nachhaltigkeitskriterien nicht erfüllen. Dieser negative Ansatz hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft und könnte den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft verlangsamen.
- Transparente Gestaltung Gesetzgebung mit adäquaten Übergangsfristen.
- **„Grüner Unterstützungsfaktor“ ist als rein politisches Steuerungsinstrument abzulehnen**, solange ein pauschal geringeres Risiko für nachhaltige Vermögenswerte nicht tatsächlich messbar und nachweisbar ist.
- Die für große und systemrelevante Banken entwickelten und geplanten Vorgaben in Bezug auf Nachhaltigkeit passen nicht für kleinere, auf Wirtschaftsförderung spezialisierte rein nationale Institute wie die Bürgschaftsbanken. Deshalb muss **der Proportionalitätsgedanke im EU-Rahmenwerk für Nachhaltige Finanzierung fest verankert werden.**
- **Generell sollte eine Unternehmensgrenze bzw. Betragsuntergrenze eingeführt werden**, so dass KMU weniger im Fokus stehen als Großunternehmen bzw. klein- und mittlere Volumina von Krediten nicht ebenso hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllen müssen wie bei großen Volumina.

II. Nachhaltigkeit bei den Bürgschaftsbanken

Der Förderauftrag der Bürgschaftsbanken ist in den Rückbürgschaftserklärungen klar definiert und jedes Vorhaben wird inhaltlich anhand festgelegter Kriterien geprüft. Das Thema Nachhaltigkeit hat bereits jetzt einen festen Stellenwert im Rahmen der Strategien, der verantwortlichen Unternehmensführung sowie der Geschäftsorganisation.

Aktuell werden im täglichen Geschäft bereits Nachhaltigkeitsrisiken, Technologiewandel, Trends und wirtschaftliche Abhängigkeiten intensiv berücksichtigt. Grundsätzlich steht der Förderauftrag der deutschen Bürgschaftsbanken im Fokus. Hervorzuheben ist hierbei vor Allem, dass die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Vergleich zu Großunternehmen Besonderheiten aufweist. Gerade KMUs benötigen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten ggf. mehr Unterstützung und haben einen höheren Kapitalbedarf als Großunternehmen. In diesem

Zusammenhang ist auch wichtig zu betonen, dass nach deutschem Recht nach einer erfolgten Bürgschaftszusage bis zum Ende der Bürgschaftslaufzeit kaum noch Änderungen möglich sind. Hier sind die Bürgschaftsbanken verlässlicher Partner der zu finanzierenden KMUs.

Das Risikomanagement - insbesondere auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit - der Bürgschaftsbanken ist fest in der Unternehmenskultur verankert. Unter einer angemessenen und nachhaltigen Risikokultur verstehen die Bürgschaftsbanken die Gesamtheit der Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen einer Bank in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement sowie der Kontrollen, die Risikoentscheidungen gestalten. Die Risikokultur beeinflusst Entscheidungen des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit und hat Auswirkungen auf die Risiken, die die Bürgschaftsbank eingeht.

Der Ethik- und Verhaltenskodex der Bürgschaftsbanken legt die Mindeststandards für das Verhalten und einem einheitlichen Risikobewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber den Kunden, Geschäftspartnern, Behörden und Gesellschaftern fest.

Die Bürgschaftsbanken fordern rechtlich korrektes, aufrichtiges und ethisch einwandfreies Verhalten bei allen geschäftlichen Aktivitäten.

Die Bürgschaftsbanken beteiligen sich aktiv an Initiativen zur Bekämpfung von Betrug, Korruption, Geldwäsche sowie der Finanzierung terroristischer und krimineller Aktivitäten. Sie verpflichten sich, solchen illegalen und unethischen Geschäftspraktiken entgegenzuwirken, diese aufzudecken und zu verfolgen.

Die Bürgschaftsbanken verstehen unter gesellschaftlicher Verantwortung nicht ein Handeln im Sinne von Wohltätigkeit, sondern vielmehr darin, als verantwortungsbewusster „Unternehmensbürger“, soziales Kapital zu schaffen.

Dies lässt sich u. a. festmachen an:

- Nachhaltiger Sicherung der Zukunftsfähigkeit: Der verantwortungsvolle Umgang mit Mitarbeitern und Kunden sowie mit Gesellschaft und Umwelt ist integraler Bestandteil aller Aktivitäten der Bürgschaftsbanken in ihrem Kerngeschäft, aber auch darüber hinaus.
- Sozialem Engagement der Mitarbeiter: Die Bürgschaftsbanken begrüßen es sehr, wenn Mitarbeiter soziale Verantwortung vorleben, indem sie sich - gegebenenfalls auch mit Unterstützung der Bürgschaftsbank - persönlich in ihrem sozialen Umfeld engagieren.
- Eröffnung von Chancen: Die Bürgschaftsbanken sind bestrebt, den Kunden Chancen zu eröffnen, Arbeitslosigkeit und Mangel an Wohlstand zu überwinden und ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Gesellschaftliche Verantwortung und insbesondere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit sind feste und wesentliche Bestandteile des Handelns der Bürgschaftsbanken, womit wir auch die Sicherung des langfristigen Erfolgs unseres Unternehmens erreichen wollen.

III. Sachstand der EU-Gesetzgebung zur „Nachhaltigen Finanzierung“

Mit der Taxonomie-Verordnung haben sich die EU-Gesetzgeber Ende 2019 auf ein entsprechendes Rahmenwerk geeinigt, welches Kriterien für die Bestimmung nachhaltiger Tätigkeiten festlegt. Das Ergebnis sieht vor, dass Anlagefinanzprodukte, die als „grün“ beworben werden, ab 2021 einen Hinweis enthalten müssen, zu welchem Prozentsatz sie Taxonomiekonform sind. Alle anderen Anlagefinanzprodukte müssen einen Hinweis enthalten, dass sie nicht den Nachhaltigkeitskriterien der Taxonomie entsprechen.

Parallel dazu hat eine Technische Expertengruppe eine erste Liste von wirtschaftlichen Aktivitäten entworfen, die wesentlich zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen. Auf Basis dieser Liste wird die Kommission in den kommenden zwei Jahren delegierte Rechtsakte zu den einzelnen Aspekten der Taxonomie erarbeiten. Dabei soll auch die neue Internationale

Plattform für ein Nachhaltiges Finanzwesen eine große Rolle spielen. In Kraft treten die Rechtsakte dann jeweils ein Jahr nach Verabschiedung.

Für das dritte Quartal 2020 hat die Kommission im Rahmen des europäischen Green Deals eine neue Strategie zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums angekündigt, die das Thema weiter vorantreiben soll.

Außerdem wird die Kommission Ende 2020 einen Vorschlag zur Überarbeitung der [Richtlinie zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen \(NFRD\)](#) vorlegen, um einen klaren und einheitlichen Rahmen zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen zu schaffen.

IV. Verhältnismäßigkeit im Anwendungsbereich und der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Mit der Operationalisierung der Taxonomie wird die **Nachfrage nach Daten** im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Unternehmen und Finanzinstituten stark ansteigen. So verpflichtet die Taxonomie große Unternehmen im Rahmen der NFRD künftig zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen. Es ist kaum auszuschließen, dass solche **zusätzlichen Offenlegungspflichten** sich mittelbar oder unmittelbar auch auf die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auswirken werden:

- EU-Förder- und Finanzierungsprogramme sollen ab 2021 jeweils zu einem nicht unwesentlichen Prozentsatz zur Nachhaltigkeitswende beitragen. Um dies zu erreichen, sollen z.B. im Rahmen von InvestEU das sog. „**Sustainability Proofing**“ und das „**Climate Tracking**“ angewendet werden. Hier ist eine **signifikante bürokratische Mehrbelastung** zu erwarten, die nur durch **Untergrenzen** oder zumindest eine **verhältnismäßige Ausgestaltung der entsprechenden Berichterstattungspflichten** vermieden werden kann.
- Diverse Bestrebungen zur Ausweitung der Berichterstattungspflichten (im Rahmen der Taxonomie, der NFRD, und der Bankenaufsicht) bezüglich der **Nachhaltigkeit des Finanzierungsgeschäfts** könnte **dramatische Folgen für kleine Finanzinstitute und ihre Kunden (KMU)** haben, die in der Regel deutlich geringere administrative Kapazitäten haben als Großunternehmen und Großbanken.

Auch über **Liefer- und Wertschöpfungsketten** sind KMU indirekt von der neuen Nachhaltigkeitsberichterstattung betroffen, wenn Großunternehmen zur Nachweisführung ihrer Nachhaltigkeit entsprechende Informationen ihrer Geschäftspartner einfordern. Die oben erwähnte Überarbeitung und mögliche Ausweitung der NFRD könnte diesen Effekt noch verstärken.

KMU und kleine Finanzinstitute wären am stärksten betroffen, da ihnen oft die Ressourcen fehlen, um zusätzlichen Berichtspflichten nachzukommen. Ein **Verlust der Wettbewerbsfähigkeit** dieser Akteure wäre die Folge, ebenso wie eine **Verschlechterung des Zugangs zu Finanzmitteln** durch einen Anstieg der Fremdkapitalkosten.

Ein **hoher Bürokratieaufwand durch den „Green Deal“ sollte deshalb unbedingt vermieden werden**. Wir sehen das Erfordernis von praktikablen Lösungen unter Berücksichtigung der Größe der Unternehmen, der Systemrelevanz und der geschäftspolitischen Ausrichtung. Es darf keine einheitliche Regimelösung geben, es müssen vielmehr **Proportionalitätsgedanken** zum Tragen kommen, die mit einer entsprechenden Begründung vereinfachte Lösungen für eine Zielerreichung ermöglichen. KMU, die aus eigenem Interesse eine nachhaltigkeitsbezogene Berichterstattung wünschen – z.B. aus Marketing Gesichtspunkten oder aufgrund von Anforderungen, die sich aus der Lieferkette ergeben – brauchen ein **barrierearmes und auf Freiwilligkeit basierendes, praxisorientiertes KMU-Instrument**. Das **Zurückgreifen auf Sekundärdaten**, die im Rahmen anderer Erhebungen oder Zertifizierungen bereits gesammelt wurden, könnte darüber hinaus den bürokratischen Aufwand weiter senken (siehe „**Once-only-Prinzip**“). So könnten auch kleinere Unternehmen bei Bedarf über ihr Nachhaltigkeitsengagement an interessierte Kreise berichten, ohne von zu viel Bürokratie überlastet zu werden.

Generell sollte eine **Unternehmensgrenze bzw. Betragsuntergrenze** eingeführt werden, so dass KMU weniger im Fokus stehen als Großunternehmen bzw. klein- und mittlere Volumina von Krediten nicht ebenso hohe Nachhaltigkeitsstandards erfüllen müssen wie bei großen Volumina.

Ferner muss die Verhältnismäßigkeit zwischen Maßnahmen des „Green Deals“ und dem „Einsatz der Regulierungsmaßnahmen“ bei all den Maßnahmen gewahrt bleiben. Die Umsetzung bedarf eines ausgeglichenen Miteinanders zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Zukunftsfähigkeit in Bezug auf Nachhaltigkeitsstrategien. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Standards in der EU bereits jetzt sehr hoch sind.

V. „Braune Taxonomie“

Die Taxonomie sollte sich darauf konzentrieren, zusätzliches Kapital zur Finanzierung von Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen der EU zu mobilisieren und Klarheit darüber zu schaffen, was als nachhaltige Investition betrachtet werden kann. Bestimmungen wie eine "braune Liste" zielen darauf ab, Investitionen zu bestrafen, die die definierten Nachhaltigkeitskriterien nicht erfüllen. **Dieser negative Ansatz hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen** der Wirtschaft und könnte den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft verlangsamen. Dies steht daher in scharfem Widerspruch zum Vorschlag der Kommission für eine langfristige Klimastrategie, der einen noch nie dagewesenen Investitionsbedarf in allen Wirtschaftssektoren aufzeigt.

Anstelle von regulatorischen Zwangsmaßnahmen sollte im Rahmen der Prozesse eher auf Impulse aus den Unternehmen bzw. Finanzinstituten gesetzt werden. Es sollten **Anreize** geschaffen werden, die den Unternehmen und Finanzinstituten Wege zu nachhaltigen Lösungen aufzeigen, die auf das jeweilige Geschäftsmodell passen.

Im Allgemeinen darf die Förderung und Priorisierung grüner Investitionen nicht dazu führen, dass sich durch Umlenkung von Kapital der Zugang zu Finanzierung für nicht-Taxonomie-konforme Unternehmen verschlechtert.

VI. Transparente Gestaltung Gesetzgebung mit adäquaten Übergangsfristen

Es ist zwingend erforderlich, dass die Konkretisierung weiterer Maßnahmen transparent und nach enger Abstimmung mit den Marktteilnehmern erfolgt. Nur so können praktikable und wirtschaftsnahe Lösungen ermöglicht werden. Eine Abstimmung der Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene scheint dazu dringend erforderlich. Ein nationaler Alleingang Deutschlands für neue wirtschaftliche Nachhaltigkeitsstandards ist abzulehnen, genauso wie ein nationales Goldplating durch Übererfüllung von Regulierungsnotwendigkeiten.

Eine Umstellung der Unternehmensausrichtung und der Unternehmensorientierung kann nicht sofort erfolgen, sondern erfordert eine gewisse Langfristigkeit. Die geplanten Übergangsfristen müssen dies berücksichtigen.

VII. Green Supporting Factor

Die in der CRR normierte risikobasierte Eigenkapitalunterlegungspflicht der Kreditinstitute soll die Finanzmarktstabilität gewährleisten. Ein „grüner Unterstützungsfaktor“ ist als rein politisches Steuerungsinstrument daher abzulehnen, solange ein pauschal geringeres Risiko für nachhaltige Vermögenswerte nicht tatsächlich messbar und nachweisbar ist.

VIII. Fazit

Der VDB unterstützt die auf EU-Ebene unternommenen Anstrengungen zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses dessen, was als nachhaltige Investition definiert und beworben werden kann. Es ist von entscheidender Bedeutung, einen einfach zu handhabenden Rahmen zu schaffen, der faire Wettbewerbsbedingungen und Vergleichbarkeit gewährleistet.

Die für große und systemrelevante Banken entwickelten und geplanten Vorgaben in Bezug auf Nachhaltigkeit passen allerdings nicht für kleinere, auf Wirtschaftsförderung spezialisierte rein nationale Institute wie die Bürgschaftsbanken. Deshalb muss der Proportionalitätsgedanke im EU-Rahmenwerk für Nachhaltige Finanzierung fest verankert werden.

Um starke Bürokratiebelastungen und Einschränkungen der Mittelstandsfinanzierung zu vermeiden gilt es, KMU weitestgehend von zusätzlichen Berichtspflichten freizustellen. Parallel dazu ist ein freiwilliges und vereinfachtes Nachweisverfahren nötig, welches an die geringen administrativen Kapazitäten von KMU angepasst ist.

Außerdem müssen alle Marktteilnehmer im weiteren Verfahren stark eingebunden werden, um gemeinsam alltagstaugliche Lösungen finden zu können.